

Der Gesprächskreis Frieden und Sicherheitspolitik der Rosa-Luxemburg-Stiftung hat sich in seiner Beratung am 26. November 2009 mit dem Konflikt in Afghanistan beschäftigt, Hintergründe, Konfliktverläufe und das Scheitern der verfehlten Strategie des Westens in diesem Konflikt sowie Möglichkeiten einer politischen Regelung erörtert. Die beiden Einleitungsbeiträge hielten Prof. Dr. Diethelm Weidemann (siehe STANDPUNKTE 02/2010) und Botschafter a. D. Dr. Arne C. Seifert. Die Beiträge werden in überarbeiteter Form veröffentlicht.

ARNE C. SEIFERT

FÜR EIN ENDE DES NATO-KRIEGES UND EINE POLITISCH-DIPLOMATISCHE REGELUNG IN AFGHANISTAN

Am 1. Dezember verkündete US-Präsident Barack Obama in der Eisenhower Hall vor der *United States Military Academy* in West Point, New York, die neue Strategie für den weiteren Umgang seiner Administration mit dem von Bush begonnenen und der NATO weiter geführten Krieg in Afghanistan. Abzug der amerikanischen Truppen ab Juli 2011 bei vorheriger Verstärkung der amerikanischen Truppenpräsenz um bis zu 30.000 Soldaten und «nach 18 Monaten beginnen unsere Truppen ihre Rückkehr», erklärte Obama.¹

Als Kernelemente seiner Strategie bezeichnete er: Al Kaïda das Hinterland in Afghanistan und Pakistan zu entziehen; den Taliban die Initiative zu entreißen, um sie an einem Sturz der afghanischen Regierung zu hindern; die Kapazitäten der afghanischen Sicherheitskräfte und der Regierung zu stärken, damit diese die Führungsverantwortung für die Zukunft Afghanistans übernehmen können. Auch wolle er die afghanische Regierung darin unterstützen, «jenen Taliban die Tür zu öffnen, die sich von Gewaltanwendung lossagen.»²

Soweit bisher erkenntlich, drehen sich in NATO- und auch deutschen Regierungskreisen die Erörterungen des weiteren Umgangs mit ihrem Afghanistan-Debakel um eine «Stärkung afghanischer Eigenverantwortung.» Insofern stimmen sie mit denen Obamas überein. Sie fassen aber den Begriff «afghanische Eigenverantwortung» gefährlich eng, indem sie diesen reduzieren auf die Ausbildung afghanischer Sicherheitskräfte und die Stärkung deren Einsatzwertes mit der Begrün-

dung, der Gefahr einer Machtübernahme durch die Taliban und Al Kaïda vorzubeugen und dafür den Krieg gegen die innere Aufstandsbewegung vor allem von gestärkten afghanischen Streitkräften führen zu lassen.

STRATEGIE-DILEMMA UND EUROPÄISCHES SCHWEIGEN

Diese Einengung sowie das inhaltliche Schweigen europäischer und deutscher Politik zu Obamas Strategie wecken jedoch den Verdacht, dass sie nicht weiß, wie sie mit der Kernfrage ihres Afghanistandebakels umgehen soll, welche der frühere US-Sicherheitsberater (1977-1981) Zbigniew Brzezinski so formuliert: «However, a NATO pullout, even if not formally declared, would be viewed worldwide as a repetition of the earlier Soviet defeat in Afghanistan. It would almost certainly prompt bitter transatlantic recriminations, would undermine NATO's credibility ...» (Wenn die NATO sich herauszieht, zumal wenn dies nicht offiziell erklärt wird, würde dies in der ganzen Welt als eine Wiederholung der sowjetischen Niederlage in Afghanistan angesehen werden. Das hätte wohl beinahe sofort gegenseitige transatlantische Anschuldigungen zur Folge und würde das Ansehen der NATO unterminieren ...)»³ Um dieses zentralen Ziels willen gibt Brzezinski sogar «frühere Ideen von der Schaffung einer modernen Demokratie in einer Gesellschaft» auf, «in der lediglich der urbane Raum mehr oder weniger quasi-modern

¹ The White House, Office of the Press Secretary, December 01, 2009, Remarks by the President in Address to the Nation on the Way Forward in Afghanistan and Pakistan, Eisenhower Hall Theatre, United States Military Academy at West Point, West Point, New York. ² Ebenda. Übersetzung des Verfassers.

³ Brzezinski, An Agenda for NATO, Foreign Affairs, New York, October/November 2009, page 8, online edition.

ist, während der ländliche in vieler Hinsicht eher mittelalterlich bleibt.»⁴ Auch diese Erkenntnis war unter Experten hinlänglich bekannt, was die Bundesregierung allerdings nicht davon abhielt, der Öffentlichkeit die Demokratisierung Afghanistans als Begründung für die Richtigkeit und Notwendigkeit ihrer Afghanistan-Strategie sowie deutscher Militärpräsenz am Hindukusch – und so ein unerreichbares Ziel – darzustellen.

Grundsätzlicher dürfte das Spannungsfeld zwischen europäischen und deutschen Sicherheitspolitikern und Obamas Überlegungen in solchen Fragen sein, in denen diese auf eine Revision der aggressiven Weltmachtspolitik der Bush-Administration hinauslaufen, an die die EU mit ihrer «Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik» (ESVP) ankoppelte. Hierbei diente ihr die so genannte Antiterror-Strategie als «allgemein verständlicher» Vermittler, um Europäern und Deutschen das Schlucken der «Verteidigung am Hindukusch» schmackhaft zu machen.

Für die Regierenden der Bundesrepublik, eine solche These muss wohl auch in die Afghanistan-Debatte geworfen werden, erwies sich die Antiterrorstrategie als ein «Geschenk des Himmels.» Das trifft insbesondere auf substantielle Teile der vorigen Bundesregierung zu, die sich mit Überlegungen trugen, die Bundesrepublik in eine neue gesellschaftspolitische Qualität zu lenken, die sie mit der Begrifflichkeit von der «Wehrhaftigkeit Deutschlands nach Außen und Innen»⁵ charakterisierten. «Ein völlig neues Verständnis von Sicherheitspolitik»⁶, Aufgeben der «Trennung von innerer und äußerer Sicherheit»⁷, «Einsatz der Bundeswehr im Inneren»⁸, keine «außenpolitische Zurückhaltung»⁹, Freigabe des «Einsatzes militärischer Mittel» zur «Herstellung von Energiesicherheit und Rohstoffen, ... zur Sicherung von anfälligen Seehandelswegen oder von Infrastruktur wie Häfen, Pipelines, Förderanlagen etc.»¹⁰

Solche schon von ihrer Terminologie her höchst suspekten Absichten auszusprechen, geschweige denn als neue «Sicherheitsstrategie für Deutschland» zu beschließen, hätten regierende Parteien der Bundesrepublik zur Zeit der «2+4»-Verhandlungen über die Bedingungen der Zustimmung zur deutschen Einheit nie und nimmer gewagt! Denn sie wussten, dass tonangebende NATO-Partner ein «Wiedererstarken» Deutschlands fürchteten. Jedoch, Jahre nach 2+4 und dem 11. September, erwies sich für sie die Antiterrorstrategie als so hilfreich, dass sie die äußeren *und* inneren Beschlusspielräume für einen tiefer gehenden Politikwechsel in der Bundesrepublik für weit genug halten. In der NATO forderte man deutsche Regierungen ja geradezu auf, Deutschlands «Wehrhaftigkeit» zu erhöhen und global unter Beweis zu stellen.

Bei alle dem spielte und spielt Afghanistan eine zentrale Rolle. Die von niemandem bestreitbare Notwendigkeit, Terror zu bekämpfen, erwies sich als derart medienfähig, dass «man» mit ihr die «Argumentationshoheit über die Strasse» erringen konnte. Vorausgesetzt, «man» klammerte Kernfragen der Ursachen und des Umgangs mit Terror, vor allem jenes aus dem islamischen Bereich, bewusst aus der öffentlichen Debatte aus. So die nie gestellten Fragen nach dem politischen Kern jenes neuen Konfliktes und seiner Regelbarkeit

auf friedlichem Wege. Dabei entbehren diese Fragen nicht weniger der Logik als die Notwendigkeit, Terror zu bekämpfen. Wenn es nämlich richtig ist, wie behauptet wurde und wird, dass es sich beim Konflikt mit islamistischem Terrorismus um einen «neuen» Konflikt-, ja Kriegstyp handelt, weil es die Bundesrepublik und der «christliche Westen» (unter Verweis auf die asymmetrischen Kampfmittel und -methoden des «Feindes») mit einem neuen Typ von Gegner zu tun haben, dann wäre es doch richtig zu schlussfolgern, dass auch nach einem *neuen Typ von Frieden* gesucht werden müsste. Letzteres setzt allerdings voraus, dass *Frieden gewollt* ist.

«Schließlich gibt es Opponenten», so Obama in West Point, «die dagegen sind, dass wir uns für unseren Übergang zur Eigenverantwortung Afghanistans auf einen Zeitrahmen festlegen. In der Tat, einige sprechen sich für eine dramatischere Eskalation unserer militärischen Anstrengungen mit offenem Ende aus, für eine Eskalation, die uns in ein jahrzehntelanges Staatsformungsprojekt verwickeln würde. Das lehne ich ab, weil ein solcher Kurs Ziele absteckt, die nicht zu einem vernünftigen Preis zu haben sind und die nicht unseren Interessen entsprechen ... Klarheit muss darüber bestehen, dass die Afghanen für ihre Sicherheit Verantwortung zu übernehmen haben und Amerika nicht daran interessiert ist, in Afghanistan endlos Krieg zu führen ... Wir können es uns einfach nicht leisten, den Preis zu ignorieren, den solche Kriege kosten ... Amerika hat seine Stärke zu demonstrieren durch Wege aus Kriegen heraus und der Konfliktprävention dienenden – und nicht dadurch, wie wir Kriege führen ... Wir müssen zur Diplomatie greifen, weil kein Volk allein die Herausforderungen einer interdependenten Welt schultern kann. Und wir haben einen Neuanfang zwischen Amerika und der muslimischen Welt eingeleitet.»¹¹

Mit oben zitierten Elementen seiner Begründung für die Notwendigkeit eines Wechsels der Afghanistan-Strategie beginnt Obama Grundprämissen der «Antiterrorstrategie» zu hinterfragen, die die Transatlantische Allianz unter der Bush-Administration auch zu ihrem Allgemeingut machte: Inspiration vom «Clash of Civilisations», Verweis auf eine zivilisatorische Bedrohung durch islamistischen Terror, Umwandlung des 11. September in einen NATO-Bündnisfall, VN-Mandat verbrämtes Verwickeln der NATO in einen realen Krieg (Afghanistan). Von hier aus schlug die Aggressivität der internationalen Politik der Bush-Regierung auf die Außenpolitik des gesamten Westens durch: Die «politische Neuordnung»¹² des *Greater Middle East* in einem neuen Verständnis, das nicht nur Afghanistan, sondern auch den Kaukasus und Zentralasien einschließt. Doch es ist gerade jene Strategie, die in allen islamischen Regionen die antiwestliche Stimmung vertieft und zu mehr islamistischem Radikalismus führt.

Die erst noch bevorstehende Debatte um eine neue Afghanistanstrategie erweist sich somit als eine komplexe Angelegenheit, in der sich mehrere Ebenen überschneiden: *Erstens* die engstens mit der Friedensfrage verbundene Problematik des gegenwärtigen und zukünftigen internationalen Verhaltens der europäischen Regierungen. Bei diesen verflochten sich nicht unbegründete Befürchtungen, dass die gemein-

4 Ebenda. 5 Eine Sicherheitsstrategie für Deutschland, Beschluss der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 6. Mai 2008. www.ducsu.de. 6 Ebenda. 7 Ebenda, S. 2. 8 Ebenda, S. 4. 9 Ebenda. 10 Ebenda, S. 6.

11 A.a.O. 12 Perthes, Volker, Greater Middle East, Geopolitische Grundlinien im Nahen und Mittleren Osten, Blätter für deutsche und internationale Politik, 6/2004, S. 684.

sam mit Bush verfolgte Antiterrorstrategie sich als das entpuppt, was sie wirklich war und ist – ein gigantisches politisches Manöver zum Vollzug eines außen- und sicherheitspolitischen Strategiewechsels. Doch wird er dem Gegendruck aus einem sich verändernden internationalen Kräfteverhältnis heraus nicht standhalten. In dem Maße, in dem eine sich dynamisierende Konkurrenz zwischen alten Großmächten (USA, EU, Japan) und neuen, ihnen Paroli bietenden aufsteigenden Mächten (BRIC-Gruppe¹³) entfaltet, wird internationales Verhalten nach alten hegemonialen Polaritätsschemata sich nicht länger bewähren. Vielmehr wird das neue Umfeld von «Nichtpolarität» von gewaltsam nicht zu regelnden Konflikten geprägt sein, das die Bedeutung von Politikinstrumenten der friedlichen Koexistenz erneut steigen lässt. Also hat Politik der Konfliktvermeidung ein ganz zentrales Grundprinzip zu beachten: Alle Seiten müssen bedingungslos demokratisch miteinander umgehen. Zu Letzterem steht die gerade erst entwickelte, aber von den internationalen Realitäten, nicht zuletzt von denen des Widerstands gegen die hegemoniale Attitüde des Westens, schon überholte Strategie in krassem Gegensatz. Die «transatlantischen Beziehungen als Kern der internationalen Ordnung»¹⁴ durchzusetzen wird so, wie gedacht, nicht mehr funktionieren.

Zweitens ist die friedliche Regelung der Afghanistanproblematik anzugehen. *Drittens* geht es um eine «Entfeindung» des Verhältnisses zwischen dem Westen und der islamischen Welt, wozu eine einvernehmliche Stabilisierung der Regionen um Afghanistan gehört.

ÜBERGANG ZU FRIEDLICHER REGELUNG DER AFGHANISTANPROBLEMATIK

Friedenspolitik sollte jener inhaltlichen Engfassung des Begriffs «afghanische Eigenverantwortung», wie sie in der NATO im Sinne einer Stärkung afghanischer Streitkräften mit dem Ziel der Übernahme des Krieges gegen die innere Aufstandsbewegung erörtert wird, nicht folgen. Dafür sprechen folgende Argumente:

1. Mit einer solchen Orientierung wird die Prioritätensetzung auf einen innerafghanischen Krieg nicht außer Kraft gesetzt. Vom Kriegsweg wegzuführen, gerade darauf kommt es an. Denn dieser Weg hat, wie jeder Krieg, bereits eine unkontrollierbare Eigendynamik entwickelt, die eine Ausweitung des Krieges auf Pakistan bewirkte. Wohin sie noch führen könnte, ist überhaupt nicht absehbar. Deshalb ist jene Dynamik schnellstens zu unterbrechen.
2. In Afghanistan haben wir es seit Längerem zunehmend erneut mit einem innerafghanischen Konflikt zu tun. Der Beweis dafür ist der zunehmende militärische Erfolg der Taliban und einer wachsenden Anzahl weiterer Widerstandsgruppen, der ohne eine sich ausweitende innere Unterstützung aus der Gesellschaft nicht möglich wäre.
3. Das Antreten des tadschikischen Politikers Abdullah Abdullah gegen Präsident Karzai im letzten Wahlkampf und dessen Ausmanövrieren durch den Wahlbetrug Karzais lässt darauf schließen, dass die tadschikische Karte erneut aktiver ins Spiel kommt, womit sich damit die

ethno-politischen Widersprüche in Afghanistan weiter zuspitzen.

4. Im Zentrum jener ethno-politischen Widersprüche steht, wie Prof. Weidemann ausführlich beschrieb, die «ewige» afghanische Kernfrage: die nach dem Verhältnis zwischen der Zentralmacht und den anderen regionalen und nationalen Zentren. Diese Frage ließ die NATO-Strategie ungeregelt. Die Installation von Karzai durch fremde Mächte hat sie sogar noch verkompliziert. Jene Frage ist durch eine von fremden Mächten (NATO) geschaffene zentrale afghanische Armee, die in die Hände einer von den gleichen externen Mächten geschaffenen afghanischen Zentralmacht gelegt werden soll, nicht zu lösen. Da diese Armee nunmehr mit dem Ziel gestärkt werden soll, den Krieg gegen die Taliban fortzuführen, läuft die angedachte NATO-Strategie auf eine Internisierung des Krieges hinaus, den die Staaten der Allianz nicht gewinnen können. Aber auch nicht die afghanische Armee. Wäre sie vornehmlich aus der paschtunischen, ethnischen Anhängerschaft Karzais rekrutiert, so könnte sie früher oder später von den Taliban umgedreht werden. Wäre sie eine multi-ethnische Armee, so würde es nicht gelingen, sie einem zentralstaatlichen Gewaltmonopol unterzuordnen. Die Grundlagen für Letzteres würden erst durch eine von allen ethno-politischen Gruppen nach demokratischen Prinzipien aus der Taufe gehobenes und funktionierendes föderales Staatssystem entstehen. Dazu bedarf es jedoch eines innerafghanischen Regelungsprozesses.
5. Friedenspolitik sollte daher auf die sofortige Aufnahme eines innerafghanischen Regelungs- und Friedensprozesses orientieren, in den die Taliban ohne Vorbedingungen einbezogen werden. Wenn sie zuvor den Abzug der ausländischen Streitkräfte fordern, so sollte im Interesse der Dringlichkeit und Unaufschiebbarkeit der Friedensfrage in Afghanistan darauf eingegangen werden. Bei gutem Willen aller Seiten lassen sich dafür entsprechende Modalitäten erarbeiten und vermittelnde Verhandlungsformate finden. Insbesondere unter dem Gesichtspunkt, dass sich eine solche Forderung auf den Abzug von ISAF (NATO) sowie *Enduring Freedom* bezieht, nicht aber auf den Einsatz anderer Streitkräfte, so unter VN-Mandat, die einen Regelungsprozess militärisch absichern.
6. Die Frage einer Veränderung von Status und Mandat von ISAF (NATO) und *Enduring Freedom*, insbesondere aber ihrer militärischen Rolle in Afghanistan, ist für einen innerafghanischen Regelungsprozess von essenzieller Bedeutung. Das ergibt sich daraus, dass beide durch ihre militärische Verwicklung im innerafghanischen Konflikt nicht nur Kriegsseite, und damit Teil dieses Konfliktes sind, sondern auch zu einer seiner zentralen Ursachen wurden.

Es ist diese Verwobenheit von inneren afghanischen und externen Konfliktursachen, die zu der Schlussfolgerung führt, dass ein alternativer Ansatz in der Forderung nach einer friedlichen Regelung des Afghanistankonflikts in seiner Gesamtheit von inneren und äußeren Ursachen drängen muss.

Für diese Forderung spricht weiterhin die schlechte militärische Situation, in der sich ISAF (NATO) und *Enduring Freedom* befinden sowie die Anerkennung dessen, dass der Krieg gegen den afghanischen Widerstand militärisch nicht zu gewinnen ist.

¹³ BRIC-Staaten: Brasilien, Russland, Indien, China. ¹⁴ Identifying and Understanding Threats from the EU's Perspective: Points to Discuss in Solana's Strategy Document, Working document prepared for The Rome international workshop on the EU's Security Strategy, Aspen Institute, Italia, September 19, 2003 – Palazzo Salvati, Rome, S. 3.

WIN-WIN-LÖSUNG

Diese Einschätzung weckt die Erinnerung an eine in Konfliktregelungen approbierte Weisheit: In einem mit der *Waffe nicht* gewinnbaren Konflikt kann es keine *militärischen Sieger* geben. Wer trotzdem kein *Verlierer* sein will, muss sich zu einer Lösung entscheiden, in der alle Sieger sind. Da aber selbst ein militärisches Patt keine Sieger hat, liefert den Siegeslorbeer nur der Friedensschluss. Nur er erschließt den Seiten die Chance, doch noch ihr Gesicht zu wahren – als politische Sieger. Bekanntlich wird eine solche Friedensregelung «Win-Win»-Lösung genannt.

Ein Beispiel dafür, wie das funktionieren kann, lieferte die Regelung des Bürgerkriegs (1992-97) im Afghanistan benachbarten Tadschikistan mit einer (noch immer nicht oficialisierten) Opferzahl von nahezu 200.000 Toten und Verletzten.

Auch hier hatten sich die beiden Kriegsseiten international und im eigenen Volke diskreditiert und isoliert: eine säkulare Regierung und eine Vereinigte Tadschikische Opposition, deren islamistischer Kern mit 6.000 Mujaheddin von Afghanistan aus für ein islamisches Tadschikischen stritt. Eine VN-vermittelte «Win-Win»-Lösung ermöglichte ihnen jedoch, nicht als Verlierer dazustehen. Es gab nur einen Gewinner: Das tadschikische Volk, dem beide Seiten angehörten, aus dem sie kamen und dem sie Rede und Antwort zu stehen hatten. Während die Beendigung des Bürgerkriegs in Tadschikistan das Beispiel erfolgreicher Friedensstiftung durch externe Akteure¹⁵ darstellt, ist die NATO-Intervention in Afghanistan das Beispiel des Gegenteils. Was direkt zu der zentralen Frage nach den *Motiven* unterschiedlichen Vorgehens der externen Akteure führt: im Falle Tadschikistans der VN, OSZE, Russlands, Irans und der anderen zentralasiatischen Staaten, im afghanischen Szenarium der USA sowie der NATO-Staaten. Im Fall Afghanistan ging der Militärintervention der USA und danach der NATO ein von Al Kaïda gesteuerter Terrorangriff auf die USA voraus. Weiter lag ihr die nicht unberechtigte Befürchtung zugrunde, dass der Verbleib der Taliban an der Macht Afghanistan zur staatlich gestützten Basis von internationalem islamistischen Terrorismus machen würde. Dieser Kontext führte in der NATO zur Verkündung des Bündnisfalls und sodann zu ihrer Mandatierung durch die Vereinten Nationen (ISAF-Mandat vom 20. Dezember 2001, Res. SC 1386). Im Fall Tadschikistan lag kein nach außen gerichteter Angriff vor, der eine oder mehrere Staaten zu militärischer Intervention in Tadschikistan hätte veranlassen können. Das erleichterte es den VN, sich bei ihrer Konfliktregelung auf friedliche Mittel zu konzentrieren. Die Motivation der externen Akteure war eine dreifache:

1. Eine humanitäre: Beendigung der Kampfhandlungen, Schutz der Zivilbevölkerung, Eindämmung von Flüchtlingsströmen.
2. Eine friedensstiftende: schnellstmögliche Rückkehr zu friedlichen Bedingungen im Land durch das Schaffen eines Gesprächsformats für die Beendigung aller Kampfhandlungen, die Aufnahme von Friedensverhandlungen und die Regelung der Konfliktursachen.
3. Eine sicherheitspolitische: einer regionalen Ausweitung des Konflikts vorzubeugen. Weshalb die Nachbarn von vornherein in die Konfliktbearbeitung einbezogen wurden.

Die Motivation der externen Seiten in beiden Konflikten führt zu folgendem grundsätzlichen Unterschied:

- Im tadschikischen Beispiel verschaffte das Motiv der VN und der Nachbarstaaten, nämlich der *Verantwortung* gegenüber der Zivilbevölkerung sowie regionale Konfliktprävention, den Verhandlungsführern der VN das hohe Prestige neutraler, allgemein anerkannter Friedenstifter. *Die VN betrieben Friedensstiftung gegenüber einem souveränen Staat.*
- Im afghanischen Beispiel führen die Motive der so genannten Antiterrorstrategie, in welcher der Krieg gegen die Taliban zu einer vorrangigen Aufgabe wurde, zu einem *militärischen Interventionskonzept*, das die NATO-Staaten zur inneren und regionalen Konfliktpartei und als Problemlöser ungeeignet machen, denn sie sind Teil der Probleme in Afghanistan, ja inzwischen sogar mit deren Ursache. Von einem Militärpakt des Westens kann nichts Anderes erwartet werden, als dass er sich von den Interessen des Westens leiten lässt. Damit kann er nicht neutral sein.

Diese grundsätzlich unterschiedlichen Konzepte bewirkten in beiden Konflikten auch grundsätzlich verschiedene Verhaltensweisen der externen Akteure und unterschiedliche Politikergebnisse.

Im tadschikischen Bürgerkrieg war Hauptziel die friedliche Konfliktregelung.

Das Vorgehensschema soll hier anregend vorgestellt werden: In Tadschikistan gingen die VN, OSZE und die einflussreichsten regionalen Staaten (Russland, Iran, Afghanistans Regierung unter Rabbani, USA, Deutschland für die EU, die zentralasiatischen Staaten, Pakistan, Indien, Türkei, China) wie folgt vor:

1. Russland, Usbekistan und Iran erzwangen eine erste Gesprächsrunde der beiden Konfliktseiten im April 1994. An ihr beteiligten sich weiter Kasachstan, Kirgizstan, Pakistan und Afghanistan. *Das heißt, die Verhandlungen wurden von vornherein in einen breiten internationalen und regionalen Kontext gestellt.* In dieser ersten Runde verständigten sich die Konfliktseiten über die Prioritäten von Friedensgesprächen: Einstellung der Kampfhandlungen; Waffenstillstand; Auflösung informeller bewaffneter Einheiten; Flüchtlingsfrage; politische Zukunft Tadschikistans. Diese Verhandlungen nahmen die Gestalt eines kontinuierlichen aber widersprüchlichen und schmerzvollen Prozesses von «Gesprächen und Schießen» an, der bis zur Unterzeichnung der abschließenden Vereinbarungen am 27. Juni 1997 in Moskau dauerte.
2. Etablierung einer VN-Beobachtermission (Beschluss des VN-Sicherheitsrates vom 16. Dezember 1994). Deren Aufgabe war die Vermittlung und Moderation der Friedensverhandlungen, Beobachtung der Einhaltung bzw. Verletzung des Waffenstillstands durch VN-Militärbeobachter. Die OSZE widmete sich dem politischen Ausgleich im Inneren Tadschikistans. Die VN verzichteten bewusst auf ein bewaffnetes Eingreifen.
3. Die Verhandlungen wurden im Laufe des Friedensprozesses auf die Führungsebene gehoben. Blockierungen am Verhandlungstisch konnten so durch Präsident Rahmonov und den Führer der islamischen Opposition Nuri immer wieder in bindender Weise aufgelöst werden.
4. Im Zentrum der Verhandlungen über die politische Zukunft Tadschikistans standen: die Vertretung der oppositionellen

¹⁵ Der Verfasser war als Mitglied der OSZE-Mission in Tadschikistan und OSZE-Beobachter ad interim 1996 – 97 bis zum Friedensschluss Zeuge dieses Prozesses.

Regionen in den Regierungsstrukturen; Machtteilung nach einem 30-Prozent-Anteilsquotienten für die Opposition; Integration der bewaffneten Oppositionsstreitkräfte in die tadschikische Armee; Amnestie für Kriegsverbrechen, mit Ausnahme von Mord und Völkermord.

5. Für die Fortsetzung der Verhandlungen über ungeklärt gebliebene Probleme auch noch nach den Moskauer Vereinbarungen 1997 wurde eine Übergangsperiode bis zu ersten Parlamentswahlen (im Jahre 2000), eine «Kommission der nationalen Aussöhnung» sowie eine «internationale Kontaktgruppe» für die Begleitung und Überwachung der Übergangsperiode geschaffen.

In Afghanistan hätten die Träger des VN-Mandats, also die NATO-Staaten, spätestens in dem Moment ihre Strategie auf «nationale Aussöhnung» umorientieren müssen, als die Taliban als militärische Kraft weitgehend ausgeschaltet waren und die «Bonner Roadmap» gegen Ende 2005 als erfüllt deklariert wurde. Auf die Einbindung der Taliban in einen Friedensprozess wurde jedoch bewusst verzichtet. Hingegen wurde eine einseitige Konstruktion entworfen aus Nordallianz (weil diese 2001 aus *innerafghanischen Machterwägungen* heraus die US-Intervention unterstützte), der Peshawargruppe und dem ehemaligen afghanischen König Zahir Shah, die unter den spezifischen, multi-ethnischen Bedingungen Afghanistans von vornherein zum Scheitern verurteilt war und zerfiel, wie auch die eingesetzte Regierung Karzai niemals in die Rolle eines «Zentralstaats» hineinwachsen konnte. Heute reicht es nicht mehr aus, die Verantwortung für die extrem schlechte Situation in Afghanistan allein an Warlords, ethnische Rivalitäten, Opium oder islamistischen Extremismus zu delegieren. Sie ist vielmehr ganz wesentlich ein direktes Ergebnis der NATO-Intervention in Afghanistan und des *Paradigmenwechsels*, dem der Charakter und Inhalt von Friedensstiftung und nationaler Aussöhnung, so, wie am tadschikischen Beispiel dargestellt, durch die Antiterrorstrategie der Transatlantischen Allianz ausgeliefert wurden. Diese politische Zielwandlung ist insofern von größter Relevanz für die Regelung des Afghanistanproblems, als sie den Charakter des Afghanistaneinsatzes und damit auch der VN-Mandats-erfüllung grundsätzlich verändert.

Eine Überprüfung des ISAF-Mandats durch die Vereinten Nationen wäre daher angesichts der Dringlichkeit einer friedlichen Regelung des Afghanistan-Konflikts angebracht. Vor allem auch als eine *nötige* Warnung, dass mit der Politik innerer und äußerer Interventionen, des Aushebelns kollektiver Sicherheit, der Hegemonie und des «Regime Change» in der internationalen Politik der falsche Weg eingeschlagen wurde. Es gilt den Beweis anzutreten, dass nur Diplomatie und politischer Kompromiss vernünftige Auswege bieten, auf denen unter sich verändernden internationalen Kräfteverhältnissen zukünftig Gesichtsverlusten ausgewichen werden kann.

WORIN KÖNNTE IN DER AFGHANISTANFRAGE EIN SOLCHER AUSWEG LIEGEN?

Womit zu der anfänglichen «Weisheit» vom Ausweg in Gestalt einer «Win-Win»-Lösung zurückgekehrt wird. Womit beginnen?

Die NATO müsste von den VN von ihrem Afghanistanmandat entbunden werden. Die Begründung lautet: Scheitern all ihrer bisherigen Instrumente.

Eine dementsprechende Initiative müsste politisch folgende Ziele verfolgen:

1. Das Aufbrechen des Monopols eines westlichen Militärpaktes über die Regelung der Afghanistanproblematik.
2. Die Wiederherstellung der universellen Verantwortlichkeit der Vereinten Nationen für die internationale Sicherheit und das Zurückführen dieser Verantwortlichkeit aus ihrer Usurpierung durch eine Allianz westlicher Staaten.
3. Die Rückführung der Regelungshoheit der Probleme Afghanistans in die Kompetenz des souveränen afghanischen Staates.
4. Den Entwurf eines neuen VN-Mandats, das die Vereinten Nationen in die Verantwortung der Hauptträgerin internationaler und nationaler Bemühungen um eine Afghanistananregung zurückführt.
5. Ein neues VN-Mandat müsste vor allem die Erweiterung des internationalen und regionalen Kontextes einer Regelung des Afghanistankonflikts vorsehen. Vor allem müssten die benachbarten Staaten eine größere Rolle erhalten, insbesondere die zentralasiatischen Nachbarn Iran, Pakistan, Russland, China, Indien. Auch die SCO, die *Islamic Conference Organisation*.
6. Die Einleitung eines inneren politischen Verhandlungsprozesses als Rahmen zur Erzielung einer «Win-Win»-Konstellation für alle inneren politischen, regionalen und religiösen Kräfte Afghanistans. Dabei dürfen die radikalen Kräfte nicht ausgeschlossen werden, denn sie sind das Problem. Es muss sich also um einen Beginn ohne Vorbedingungen handeln. Seitens der jetzigen externen Streitkräfte könnte eine Bereitschaftserklärung zum Abzug aus Afghanistan eine fördernde Rolle spielen.

Schließlich geht es um erste inhaltliche Überlegungen zum Einstieg in den inneren politischen Verhandlungsprozess. Dessen Inhalt müssen natürlich die afghanischen Seiten gemeinsam mit den VN erarbeiten. Aber folgende Stichpunkte könnten sicherlich als vorrangig gelten:

1. Die Erarbeitung von Prinzipien und Mechanismen einer inneren Stabilisierungsphase.
2. Die Behandlung militärischer Fragen (Waffenstillstand, Überwachung u.a.).
3. Die Erörterung der Fragen, die mit der politischen Zukunft Afghanistans zusammenhängen.
4. Die Wiederherstellung der afghanischen Wirtschaft.
5. Fragen eines rechtlichen Umgangs mit Kriegsverbrechen.
6. Inhalte einer Übergangsperiode und der Weg zur Konsolidierung.
7. Mandat und Zusammensetzung einer internationalen Kontaktgruppe.

Hinzu kämen weitere Fragen, die von afghanischer, regionaler und internationaler Seite für wichtig gehalten werden.

ENTFEINDUNG DES VERHÄLTNISSES ZWISCHEN DEM WESTENS UND DEN ISLAMISCHEN GESELLSCHAFTEN DER REGION

Der Bereitschaft zu einer sofortigen Aufnahme von Gesprächen über eine friedliche Regelung des Afghanistankonflikts sollte insbesondere die EU mit einer Erklärung an die islamischen Völker zu einem Paradigmenwechsel mit Glaubwürdigkeit untermauern. Es wäre zu verdeutlichen, dass ein solcher Paradigmenwechsel den Beginn einer Politik bedeutet, die beruht auf der Respektierung der Integrität der Zivilisation

des Anderen; der Anerkennung der Unterschiedlichkeit seiner Gesellschaften und ihrer politischen Systeme; dem Recht auf einen selbstbestimmten Entwicklungsweg, darunter einen sich am Islam orientierenden. Es geht um ein solches Verhältnis zu den islamischen Nachbarregionen, das langfristig zu einem *Modus vivendi* friedlicher Koexistenz und Zusammenarbeit führt.

Erst ein solcher Paradigmenwechsel könnte der Einstieg in die Vertrauensbildung sein, um die tiefe anti-westliche Stimmung gerade in dieser Region abzubauen.

Die Bundesrepublik Deutschland sollte sich gegenüber dem Generalsekretär der Vereinten Nationen für die Schaffung eines Systems der Sicherheit und Zusammenarbeit im nah- und mittelöstlichen Raum bzw. in Subregionen einsetzen. Ein solches System könnte aus regionalen Vereinbarungen bestehen, welche zum einen die Region des Persischen Golfes und zum anderen die südlichen Mittelmeerränder erfassen. Angesichts latenter Spannungen zwischen verschiedenen Staaten der Region, empfundener oder tatsächlicher Sicherheitsdefizite, die aus Erfahrungen früherer Kriege herühren, der Existenz von Atomwaffen, militärischen Ungleichgewichten, nahezu permanenter äußerer militärischer Präsenz erscheint es dringend geboten, sich in dieser Region für eine «Ordnung friedlicher Koexistenz» einzusetzen. Es gilt zu verhindern, dass Streitfragen und Auseinandersetzungen einen militärischen Verlauf einschlagen könnten.

Gegenüber Iran sollte sich die Bundesregierung zu einer diplomatischen Initiative entschließen, die von der Notwendigkeit und Möglichkeit ausgeht, die Regelung der Schlüsselemente der gegenwärtigen Krise um die iranische Atompolitik miteinander zu verkoppeln. Diese sind einerseits das von der iranischen Führung wahrgenommene Sicherheitsdefizit und andererseits deren wiederholte Versicherung, nicht nach atomaren Waffen zu streben. Die Verkoppelung jener beiden Schlüssel-

elemente ließe folgende Regelungskonstruktion zu: Der Westen nimmt die iranische Führung beim Wort und geht auf deren erklärte Bereitschaft ein, Urananreicherung nicht für die Entwicklung von Atomwaffen zu nutzen. Als Gegenleistung räumt der Westen die Sicherheitsbefürchtungen der iranischen Führung hinsichtlich einer westlichen Intervention aus.

Die Regelung des Konflikts in der Atomfrage sollte durch eine Grundsatzvereinbarung über die Konsolidierung des Verhältnisses zur Islamischen Republik Iran flankiert und erleichtert werden. Eine solche Vereinbarung dient der dauerhaften Vertrauensbildung. Sie soll die Beziehungen auf gegenseitig annehmbare Prinzipien und berechenbare Grundlage begründen.

Insgesamt bestehen folglich alternative Handlungsmöglichkeiten, um den Afghanistankonflikt friedlich zu regeln und im Kontext damit zu einer gemeinsamen Politik zu gelangen, welche Wege zu einer Stabilisierung der Region zu öffnen hilft.

Die ersten Belastungen im Verhältnis der islamischen «Welt» zum «Westen» und, als ihr Auswuchs, die Grundlagen des heutigen Terrorismusdilemmas sind in einem langen historischen Prozess gewachsen, der bis in Europas Epoche kolonialer Dominanz zurückreicht. Es wird eines längeren Prozesses bedürfen, diese Belastungen auszuräumen. Doch dieser Prozess muss jetzt begonnen werden. Konkrete Handlungsmöglichkeiten bestehen!

Dr. Arne Seifert, Botschafter a.D.; Sprecher der Initiative deutscher Botschafter a.D. «Diplomaten für den Frieden mit der islamischen Welt» und Mitglied im Verband für Internationale Politik und Völkerrecht. Er war von 1964–1989 im Auswärtigen Dienst der DDR im Bereich Naher und Mittlerer Osten tätig, u.a. als Botschafter in Kuwait. Er ist Senior Research Fellow des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik der Uni Hamburg.

IMPRESSUM

RLS STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
Redaktion: Marion Schütrumpf-Kunze
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel. 030 44310-12
Fax -122 · m.schuetrumpf@rosalux.de · www.rosalux.de